

VEREINIGUNG DER VERWALTUNGSRICHTER RHEINLAND-PFALZ

– VVR –

RUNDSCHREIBEN

Rdschr. Nr. 2/08 vom 20.06.08

Sehr geehrte Damen und Herren Mitglieder,

schon stehen in Rheinland-Pfalz die Sommerferien vor der Tür und es wird Zeit, Sie wieder über aktuelle und künftige Aktivitäten der Vereinigung sowie über sonstige Ereignisse zu informieren.

1. Auch im vergangenen Quartal war die VVR vor allem auf dem Gebiet der – in die Kompetenz des Landesgesetzgebers übergegangenen – Besoldung und Versorgung der Richterinnen und Richter gefordert. Am 9. April 2008 haben wir gemeinsam mit dem Landesverband Rheinland-Pfalz des Deutschen Richterbundes eine **Presseerklärung** herausgegeben, die die deutliche Erhöhung der Bezüge der Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen um bis zu 8,7 % im laufenden Jahr zum Anlass genommen hat, eine Besoldungsanpassung in dieser Größenordnung auch für die Richterinnen und Richter im Landesdienst schon für das Jahr 2008 zu fordern. Ein Abdruck der Presseerklärung, die in den Medien leider nur geringe Resonanz gefunden hat (hier ist lediglich ein Artikel aus der "Rheinpfalz" vom 2. Juni 2008 bekannt), ist diesem Rundschreiben als **Anlage 1** beigefügt. Etwa gleichzeitig mit unserer Presseerklärung hatte die CDU-Landtagsfraktion einen Antrag auf rückwirkende Erhöhung der Bezüge der rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten (die Richterschaft war wohl "mitgemeint") um 2.9 % zum 1. Januar 2008 in den Landtag eingebracht, der jedoch von der Landtagsmehrheit ohne Überweisung an die Ausschüsse abgelehnt wurde. Inzwischen haben Landesregierung und SPD-Landtagsfraktion angekündigt, die Ergebnisse des – allerdings noch auszuhandelnden – Tarifvertrages für die Angestellten der Länder zum 1. Januar 2009 "1 zu 1" (d. h. auch ohne zeitliche Verzögerung) auf die Beamtinnen und Beamten des Landes übertragen zu wollen. Man darf auf das Ergebnis der Verhandlungen gespannt sein... Die VVR wird sich weiter gemeinsam mit dem Landesverband des Deutschen Richterbundes für eine deutliche Besoldungserhöhung auch für den höheren Dienst und damit für die Richterinnen und Richter spätestens zum 1. Januar 2009 einsetzen. Für das nächste Quartal ist geplant, gemeinsam mit

dem Landesverband des Deutschen Richterbundes ein **Positionspapier zur Zukunft der Richterbesoldung in Rheinland-Pfalz** herauszugeben, das Forderungen hinsichtlich einer verfassungsrechtlich gebotenen Erhöhung der Richterbesoldung und Grundsatzpositionen zur Besoldungsstruktur enthalten wird und als Diskussionsgrundlage für Gespräche mit dem Finanz- und dem Justizminister sowie mit Landtagsabgeordneten dienen soll.

2. Der VVR-Vorstand ist – ebenso wie der Vorstand des Landesrichterbundes – auf das Problem der seit Jahren nicht mehr angepassten, längst nicht mehr angemessenen **Vergütungen für richterliche Nebenämter in der Juristenausbildung** aufmerksam gemacht worden und hat dieses Thema aufgegriffen. Eine Umfrage bei den anderen Landesverbänden des BDVR hat ergeben, dass in einigen – insbesondere in einigen benachbarten – Bundesländern inzwischen deutlich höhere Vergütungssätze für die Tätigkeit als Prüfer in beiden Staatsexamina, für Klausurenkorrekturen und für die Leitung von Referendararbeitsgemeinschaften gelten. Dies haben wir zum Anlass genommen, in einem gemeinsamen Schreiben mit dem Landesverband des Deutschen Richterbundes an den Justizminister eine deutliche Erhöhung der entsprechenden Vergütungssätze in Rheinland-Pfalz zu fordern (**Anlage 2**). Über den Fortgang der Angelegenheit werde ich Sie laufend informieren.
3. Die Landesregierung hat einen Gesetzentwurf zur Neuregelung der Altersteilzeit für Richterinnen und Richter vorgelegt, der im Wesentlichen vorsieht, dass den Richterinnen und Richtern im Landesdienst künftig die Möglichkeit der Altersteilzeit nicht nur – wie bisher – im "Blockmodell", sondern auch in Form der Teilzeitbeschäftigung mit der Hälfte des bisherigen Dienstes ab Vollendung des 55. Lebensjahres angeboten wird. Die VVR hat zu dem Gesetzentwurf kurz – zustimmend – Stellung genommen. Die neue Regelung ist bisher noch nicht in Kraft getreten.
4. Der Vorsitzende und die Stellvertretende Vorsitzende der VVR, Frau VRinVG Faber-Kleinknecht, haben an der Fortbildungstagung des BDVR am 12. und 13. Juni 2008 in München ("**Kleiner Verwaltungsgerichtstag**") teilgenommen. Im Anschluss an den – sehr eindrucksvollen – Festakt zum 50-jährigen Bestehen des Verbandes der Bayerischen Verwaltungsrichter im Max-Joseph-Saal der Münchener Residenz wurde im Gebäude des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs zunächst über die "Selbstverwaltung der Justiz – Modell für Deutschland?" diskutiert. Das – von einem Mitglied des DRB-Präsidiums nochmals erläuterte – Selbstverwaltungsmodell des Deutschen Richterbundes stieß unter den

anwesenden Vertretern unserer Gerichtsbarkeit erneut auf große Skepsis und überwiegende Ablehnung. Am folgenden Tag stand das spannende Thema "Die Abschaffung des Widerspruchsverfahrens – pro und contra" auf dem Programm. Dabei wurde ausführlich über die bisher vorliegenden Erfahrungen mit der teilweisen Abschaffung bzw. fakultativen Gestaltung des Widerspruchsverfahrens in Bayern (Tendenz eher verhalten positiv) und in Niedersachsen (Tendenz eher negativ) berichtet und diskutiert. Bemerkenswert ist, dass von verschiedenen Seiten das rheinland-pfälzische Modell einer gerichtsähnlichen Ausgestaltung des Widerspruchsverfahrens vor den Kreis- bzw. Stadtrechtsausschüssen als vorbildliches Beispiel für ein der Verstärkung des Rechtsschutzes dienendes, nicht lediglich eine "Durchgangsstation" bildendes Vorverfahren mit hoher Entlastungs- und Befriedungswirkung gelobt wurde.

5. Unser Mitglied Heidi Stengelhofen ist im März 2008 zur Bundesrichterin gewählt worden und hat Anfang Juni 2008 ihr neues Amt als Richterin am Bundesverwaltungsgericht angetreten. Der Vorstand der VVR gratuliert ihr auf diesem Wege noch einmal ganz herzlich zu ihrem neuen, hohen Richteramt und wünscht ihr für ihre weitere berufliche Zukunft in Leipzig alles Gute, Erfolg und viel Freude bei der Arbeit. Wir hoffen natürlich, dass sie ihrem "Herkunftsverband" weiterhin gewogen und verbunden bleiben wird. Ihr Amt als Kassenwartin des BDVR wird Frau Stengelhofen – was uns sehr freut – noch bis zum Ende der Wahlperiode im Dezember 2010 weiter ausüben.

6. Neben dieser erfreulichen gibt es leider auch eine traurige Nachricht: Am 6. März 2008 verstarb unser Mitglied Dr. Karl-Walter Bergmann, Präsident des Verwaltungsgerichts Mainz a.D., nach kurzer schwerer Krankheit im Alter von 67 Jahren. Leider war es Herrn Dr. Bergmann nicht vergönnt, seinen wohlverdienten Ruhestand länger zu genießen. Die VVR erinnert sich seiner in Dankbarkeit und Zuneigung.

Allen, die die bevorstehende Ferienzeit für einen Urlaub nutzen, wünsche ich gute Erholung, allen, die in dieser Zeit an ihren Arbeitsplätzen in unseren fünf Gerichten die Stellung halten müssen, eine erträgliche Arbeitsbelastung.

Mit freundlichen Grüßen
für den Vorstand

gez. Hartmut Müller-Rentschler